

Bezugpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., freies Haus voraus zahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezugspreis monatlich 1,60 Mk., erst Bestellschein gebührt. Unser Anzeigenteil für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 1,75 Mk., für das übrige Ausland 1,75 Mk. bei täglich einmaliger Zustellung 1,75 Mk. Postbestellungen nehmen an: Dänemark, Holland, Preussen, Schweden und die Schweiz. Eintragungen in die Subskriptions-Verzeichnisse.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die niedrigste Rate Kommissionspreis beträgt 1,20 Mk. „Kleine Anzeigen“, bei fortgesetzter Werbung 1/2 bis 1/3 (gemäß 1/2 fortgesetzter Werbung), jeder weitere Satz 1/2 bis 1/3. Stellenanzeigen und Geschäftsangelegenheiten das erste Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., zweite Seite 15 Pf. Buchstaben zählen für jeden Satz. Inseratensatzung 50%, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine - Anzeigen 1,20 Mk. Die Preise. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW. 11. Lindenstraße 3. abgegeben werden. Geschäftszeit von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 3. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Gegen die Tyrannei!

Wahnsinn und Verbrechen jagen durch die deutschen Lande. Wird dem wilden Wüten nicht Einhalt getan, gräbt sich die deutsche Arbeiterklasse ihr eigenes Grab.

Der politische Massenstreik war als Kampfmittel der Unrechtheten angebracht, solange die Arbeiter unter dem politischen Joch der Junker und Kapitalisten schmacheten. Seit den entscheidenden Novembertagen hat er jeden Sinn verloren. Seitdem herrscht politische Gleichheit und Demokratie. Seitdem besitzt die Arbeiterklasse andere Mittel, um ihren Willen in der Gesetzgebung zur Geltung zu bringen. Seitdem schneidet jeder politische Massenstreik ins eigene Fleisch der Arbeiter.

Was als Ziel der wilden zügellosen Bewegungen hingestellt wird, ist schon erreicht oder wird in nächster Zukunft gefesselt festgelegt werden.

Die Soldatenräte verschwinden nicht! Sie werden mit ihren elementaren Befugnissen erhalten bleiben. Es gibt deshalb heute und wird in aller Zukunft keine Rechtlosigkeit im Waffenrock mehr geben. Der Soldat ist und bleibt der gleichberechtigte Bürger im demokratischen Volksstaat.

Die Arbeiterräte verschwinden ebenso wenig!

Sie müssen in Betriebsräte umgewandelt werden und ihre wichtigste Funktion, kontrollierend und mitbestimmend im Wirtschaftsprozess entfalten. So wenig dies politisch möglich, so wenig werden die Arbeiter wirtschaftlich in die alte Hörigkeit zurückfallen. Neben der politischen ist auch die wirtschaftliche Demokratie der Arbeiter gesichert, vorausgesetzt, daß sie einig und geschlossen auf den

Beimar, den 1. März 1919.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Seit Wochen wird in den Betrieben Groß-Berlins eine lebhafteste Propaganda entfaltet, zur Durchsetzung gewisser Forderungen und zum Sturz der gegenwärtigen Regierung, auch hier in den Generalstreik einzutreten. Man wirft der Regierung und besonders den Vertretern der sozialdemokratischen Partei vor, daß sie nichts tue, um die sozialen und politischen Forderungen der Arbeiterschaft zu verwirklichen. Insbesondere werde die Sozialisierung der Produktion nicht in Angriff genommen.

Diese Ungeduld begründen wir. Wir sind der Meinung, daß nach einer so gewaltigen revolutionären Umwälzung schnell gearbeitet werden muß, um die Ziele der Revolution auf politischen und wirtschaftlichem Gebiete fest zu verankern.

Nachdem die Nationalversammlung die dringendsten Arbeiten zur Schaffung einer Verfassung und einer von ihrem Vertrauen getragenen Regierung erledigt hat, muß daher jetzt ungesäumt daran gegangen werden, auch die wirtschaftliche Demokratie und den Sozialismus zu verwirklichen. Die Regierung hat in ihrem Aufruf vom Sonnabend erklärt, daß sie sofort Gesetzesvorlagen einbringen wird, um ein demokratisches Arbeitsrecht zu schaffen und die Sozialisierung des Bergbaues einzuleiten. Wir fordern außerdem, daß die Stellung der Betriebs-, Bezirks- und Landes-Arbeiterräte in der Verfassung geregelt wird. Diesen Arbeiterräten ist weitgehendes Mitbestimmungsrecht bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse und Kontrolle der Produktion in den Betrieben einzuräumen. Sie müssen zur Begutachtung aller sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gesetzesvorlagen herangezogen werden und das Recht haben, selbst solche Gesetze zu beantragen. Ihnen ist weiter eine Mitwirkung bei

der Sozialisierung von Produktionszweigen und die Kontrolle sozialisierter Betriebe einzuräumen.

Wir verlangen auch, daß der Bericht der Sozialisierungskommission unverzüglich erscheint und ihre Vorschläge über die Sozialisierung der verschiedenen Produktionszweige der Öffentlichkeit unterbreitet werden.

Eine Kommission der auf unserem Boden stehenden Berliner Arbeiterschaft wird am Dienstag mit der Regierung über die nähere Durchführung dieser Forderungen verhandeln und mit allem Nachdruck für ganze und schnelle Arbeit eintreten.

Unerlässliche Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Forderungen ist aber, daß alle Kräfte angespannt werden, um unser Wirtschaftsleben baldmöglichst auf einer gesunden Grundlage wieder aufzubauen. Wir brauchen Nahrung, Kleidung und Wohnung! Wir brauchen Kohle und einen geregelten Verkehr! All das kann nur geschaffen werden durch Arbeit!

Wer daher in diesem Augenblick zum Generalstreik aufruft, verhindert die schnelle Durchführung der dringendsten Forderungen des Volkes und provoziert den vollen Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens.

Wir dürfen es nicht wieder dahin kommen lassen, daß, wie in der zweiten Januarwoche in Berlin, oder wie im Ruhrgebiet oder Mitteldeutschland, kleine Gruppen von bewaffneten Terroristen der großen Masse der Arbeiterschaft mit Maschinengewehren und Revolvern ihren Willen aufzuzwingen versuchen und Hunderte von Menschenleben dabei zugrunde gehen.

Arbeiter und Arbeiterinnen, helft uns, friedliche Arbeit zu leisten!

Es lebe die Demokratie und der Sozialismus! Nieder mit der Gewalt! Nieder mit jedem Terrorismus!

nichts willkommener sein, als daß die Arbeiter geschlossen die Betriebe verlassen. Jeder Massenstreik nährt heute die Kapitalisten und schwächt die Arbeiter.

Er stärkt außerdem die ausländischen Imperialisten und Annexionsisten, die danach trachten, die deutsche Wirtschaft zu erdroffeln, die deutschen Arbeiter zur Auswanderung zu zwingen und dadurch in ihre Sklaven zu verwandeln. Jeder politische Massenstreik verschärft die feindliche Blockade, verschärft unseren Hunger, vermehrt unsere Entbehrungen und schmerzt

Tausende Deutscher ins Elend.

Den Städten mangelt durch die völlige Unterbrechung des Verkehrs die Milch, fehlt die Lebensmittel, fehlt die Beleuchtung, fehlt die Wärme, fehlt sogar das Wasser. Außer Frauen und Kindern hinken Männer und Greise kraftlos nieder. Es sind Tote Männer und Greise, Tote Frauen und Kinder, die auf diese Weise gemordet werden! Wollt Ihr das?

Nein, und tausendmal nein! Ihr erkennt das Selbstmörderische der planlosen wilden Bewegung.

So setzt Euch endlich zur Wehr!

Laßt Euch nicht von wenig bewaffneten Fanatikern aus den Betrieben mit Gewalt oder durch heuchlerische Verdrängungen herauslocken! Stellt ihrem schändlichen Beginnen planvollen und energischen Widerstand entgegen, erniedrigt Euch nicht zu Bitteln dieser Vankerrouten des alten Systems!

Wir haben in den Novembertagen nicht die alten Tyrannen verjagt, um uns in den Märztagen neue Tyrannei gefallen zu lassen. Gegen die Tyrannei! Hoch die Demokratie! Hoch der Sozialismus!

Beginn der Verhandlungen über Lebensmittellieferungen.

Berlin, 2. März. Reichsrat Foch ließ der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa am 2. März durch eine Note mitteilen, daß die alliierten Vertreter für die Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands und die damit zusammenhängenden Finanz- und Schiffsverkehrsfragen am 4. März in Spa eintreffen würden. Ihre erste Zusammenkunft mit den deutschen Delegierten sei für Dienstag, den 4. März, nachmittags 6 Uhr vorgesehen.

Die Bedingungen Fochs.

Das 2. März. (Weißung des Holländisch Neuwirkens.) Aus Paris wird gemeldet: Die maritimen Bedingungen, die Foch dem Rat der Fehn eingereicht hat, enthalten die vollständige Vernichtung der Leuchtböte aller Länder und die Abschaffung des Landbootskrieges durch alle Nationen der Welt. Diese Forderung wird mit dem Hinweis darauf begründet, daß die für den Seekrieg getroffenen Regeln und Bestimmungen durch die U-Boote nicht eingehalten sind und nicht kontrolliert werden können.

Die Forderung nach der Schließung der Verteidigungswerke von Belgien und des Kieler Kanals wird von Amerika noch immer bekämpft, das die Ansicht vertritt, daß man mit dem gleichen Recht auch die Schließung verschiedener amerikanischer Verteidigungswerke verlangen könnte. Der Vorschlag zur Vernichtung der deutschen Kriegsschiffe ist noch nicht von allen Parteien angenommen worden. Besonders Frankreich stellt sich hier auf den Standpunkt, daß eine Verteilung vorzuziehen wäre.

Die militärischen Bedingungen umfassen die Entlassung Deutschlands bis auf fünfzehn Divisionen Infanterie und 5 Divisionen Kavallerie sowie eine Einschränkung in der Erzeugung von Kriegsmaterial, und schließlich Bestimmungen über die Verwendung von Flugzeugen für militärische und wirtschaftliche Zwecke. Der Rat der Fehn wird am Montag zur Beratung dieser Vorschläge zusammengetreten.

Die Notwendigkeit der Aufhebung der Blockade.

Das 2. März. (Weißung des Holländisch Neuwirkens.) Aus Paris wird gemeldet: Die Delegierten der Friedenskonferenz fanden in den letzten Tagen sehr unter dem Eindruck der Vorgänge in Deutschland. Es wird mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet, daß in Deutschland vielleicht keine Regierung vorhanden sein wird, mit der Friede geschlossen werden kann. Die Gefahr einer Verstärkung der bolschewistischen Strömung, die allgemein anerkannt wird, trägt nicht nur zur Verschärfung der Blockade bei, sondern ist auch nicht ohne Einfluß auf die be-

Der Vorstand der Bezirksorganisation Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Franz Krüger, Hermann Lüdemann, Theodor Fischer.

Die sozialdemokratischen Obleute und Betriebsvertrauensleute Groß-Berlins.

Karl Braun, Thomas, Paul Witolla, Adolf Buschid.

sonders von den amerikanischen Delegierten vertretene Auffassung, daß die Blockade aufgehoben werden müsse. Der Bericht, den der britische Delegierte Seale der Wirtschaftskommission eingereicht hat, besagt, daß Deutschland nicht nur mit Nahrungsmitteln versorgt werden müsse, sondern daß ihm auch die Möglichkeit gegeben werden solle, die Nahrungsmittel durch Lieferung von Erzeugnissen seiner Industrie zu bezahlen. Dies sei aber nur durch die Aufhebung der Blockade zu erreichen. Hoover teilte mit, daß er 50 000 Tonnen Lebensmittel zur Verfügung Deutschlands habe, daß er aber nicht imstande sei, sie nach Deutschland zu senden, weil die freie Verproviantierung der feindlichen Rationen noch nicht gestattet sei. Man vergegenwärtigt sich aber auch die Gefahren, die durch übertriebene Forderungen entstehen könnten, da dadurch nur der vollständige Zusammenbruch Deutschlands erreicht werden würde.

Die Lage in Mitteldeutschland.

In Eisenach, Gotha und Erfurt verging der gestrige Sonntag nach den bisher vorliegenden Berichten ruhig. In Halle an der Saale kam es zu kleineren Zusammenstößen, die zu Verlusten auf beiden Seiten führten. Post und Telegraph funktionierten wieder. In Bitterfeld ist alles ruhig; der Generalstreik geht nach wie vor weiter, auch die Eisenbahnen sind noch im Ausstand. Um den Zugang von Truppen nach Bitterfeld zu verhindern, hat man ein Telegramm nach Weimar geschickt und mitgeteilt, daß keine Regierungstruppen nach Bitterfeld kommen sollen, da die Arbeiter selbst für Ruhe und Ordnung sorgen wollen.

In Wittenberg, Bez. Halle, ist der Generalstreik noch in vollem Gange. Die Eisenbahnen haben sich der Bewegung noch nicht angeschlossen. Gestern Abend fuhr die Leitung der Städtewerke und die Arbeitervertreter nach Halle, um in Verbindung mit der Streikleitung von Halle dann nach Weimar zu gelangen. Bis jetzt haben drei Panzerzüge Wittenberg passiert, die nach Halle gefahren sind. Mit Vergebung ist der telephonische Verkehr noch unterbrochen.

In Dresden veranstalteten die Arbeitslosen und Kommunisten eine Protestversammlung, in der sie den Generalstreik von Montag früh ab erklärten. An die Versammlung, an der ungefähr 12 000 bis 13 000 Mann teilnahmen, schloß sich ein Umzug an, der sich unter Hochrufen auf den Volkswind und dem Gesang der Arbeiter-Marseillaise durch die Straßen der Stadt bewegte.

Der Bericht aus Leipzig vom 2. März, mittags, lautet: Der Arbeiter- und Soldatenrat läßt durch Hausansschlag bekanntmachen, daß von 9 Uhr abends an bis 5 Uhr früh kein Bewohner sich außerhalb seiner Wohnung aufhalten darf. Alle öffentlichen Lokale sind nach 8 1/2 Uhr abends zu schließen. Wer nach 9 Uhr abends ohne behördlichen Ausweis auf der Straße angetroffen wird, wird durch die Sicherheitswache festgenommen; bei Widerstand wird von der Waffe Gebrauch gemacht werden. Wie es heißt, ist diese Maßnahme angeordnet worden, um Minderungen vorzubeugen, da die Stadt nachts ohne jede Beleuchtung ist. Im übrigen herrscht in Leipzig Ruhe. Der Generalstreik der Arbeiter und der Bürgerchaft nimmt seinen Fortgang.

Parteitag der Unabhängigen.

In der Eröffnungssrede Jubels hört man das Wort von der gegenwärtigen Situation, die dem Parteitag der U. S. D. seine Signatur gebe. Im weiteren Verlauf ist wenig davon zu merken. Es wird fast nur über Bergangenheit geredet und wieder geredet. Das Bemühen der Referenten, allen Groll auf die III. Reichspartei abzulenkten, bleibt ohne Erfolg. Die inneren Parteigenüsse blähen auf, die Radikalen greifen die Parteileitung an. Gause-Dittmann-Barth werden wegen ihrer Beteiligung an der Regierung schwer getadelt. Noch viel schlimmer ergeht es Bernstein. Man ist in der schönsten Fahlabenddebatte. Bis um 7 Uhr vertagt wird, sind noch 30 Redner gemeldet. Ueber die „gegenwärtige Situation“ ist kein Beschluß gefaßt.

Aus den Verhandlungen teilen wir folgendes mit:

Jubel hielt die Eröffnungssrede. Er wies auf die gegenwärtige Situation hin. Ganz Deutschland steht in Flammen. In Weimar lebte man der guten Hoffnung, daß Roske in kurzer Zeit die Revolution tatkräftig führen würde. Der Redner gedachte der Opfer der Revolution, besonders der ermordeten Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Kurt Eisner. (Die Anwesenden erheben sich.) Wir müssen alles daran setzen, um unseren alten, bewährten Parteigenossen Lebensraum aus der Untersuchungshaft zu besetzen. Wir werden dem Sozialismus zum endgültigen Siege verhelfen.

Gause: Wir stehen mitten in der revolutionären Entwicklung. Die Regierung, die aus der Revolution geboren wurde, ist wenige Wochen später aus dem dem revolutionären Geist erfüllten Berlin nach dem beschaulichen Weimar geflohen und glaubt, dadurch allen revolutionären Einflüssen entzogen zu sein. Aber die Stimme der Revolution brausen auch nach dem entlegenen Weimar. Jetzt eben ist die Proklamation der Regierung veröffentlicht, die das Volk beschwichtigen soll. Aber diese Wirkung wird die Proklamation nicht haben. Die Männer der Regierung glauben, mit der brutalen Faust eines Roske die größte geistige Bewegung, die wir je gehabt haben, niederschlagen zu können. Zwischen den Massen der Arbeiter und diesen Führern gähnt eine tiefe Kluft. Wo die Arbeiter ruhig ihr Werk vollbrachten, in Gotha, Kottbus, Halle, wo selbst nach dem Ergebnis der bürgerlichen Wahlen die Ruhe nicht gestört war, da heugibt die Kottgarder Unruhe, ja Blut hineingetragen. Das vergessene Proletariat hat die Arbeiter, die sich bekämpft hatten, verbunden. Auch die Arbeiterkräfte der Reichspartei streiten mehr und mehr auf unsere Seite. Die Zukunft gehört unserer Partei. Die Arbeiter nicht nur in Deutschland, ja nicht nur die Arbeiter, sondern auch bürgerliche Kreise fragen, was dieser Parteitag bringen wird. Wir hoffen, er wird Klarheit schaffen und die Wege zeigen, auf denen wir am schnellsten unser Ziel erreichen können. — Der Redner erklärte den Parteitag für eröffnet und ersuchte um Vorschläge für dessen Leitung.

Als Vorklängen wurden gemeldet: Büchl, Berlin, Dittmann, Berlin und Lipinski, Leipzig.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung kam es zu einer längeren Debatte über einen Antrag, wonach die Stellung zu den Gewerkschaften auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Der Parteitag trat hierauf in die Tagesordnung ein. Den Geschichtsbericht der Parteileitung ersetzte Lauffe-Rieb. Sie sagte unter anderem, vor der Revolution habe die Partei 100 000 Mitglieder gehabt, jetzt habe sie nach einer noch nicht vollständig erhobenen 300 000 Mitglieder, darunter 70 000 Frauen. Durch ihre Teilnahme an der Regierung wollten die Unabhängigen die Reichspartei domestizieren. Seit unserem Rückblick hat sich die Bewegung in ihrer reaktionären Bestimmung der sozialen Welt offenbart. Es ist die bornierteste Aufgabe unserer Partei, diese Regierung mit der ganzen Kraft zu bekämpfen. Wir sind nicht gegen den Parlamentarismus, aber daneben muß das Rätesystem bestehen bleiben mit allen Machtbefugnissen, die es zur Vertretung der Arbeit braucht. — Unsere Zentrale hat sich heute gegen die Verschmelzung mit den Rechtssozialisten gewehrt. Nach

links in der Trennungskreis von den Kommunisten gezogen.

Dittmann referierte über die Organisation der Partei. Er empfahl die Einsetzung einer Kommission, die dem nächsten Parteitag den Entwurf eines Organisationsstatuts vorlegen soll.

In der Diskussion sagte Reib (Berlin), die Beteiligung der Unabhängigen an der Regierung habe die Agitation gelähmt. — Büchler (Helmstedt) bezeichnete es als einen Skandal, daß es Männer gibt, die mit einem Fuß bei den Rechtssozialisten, mit dem andern Fuß bei den Unabhängigen stehen und beiden Organisationen angehören. (Zuruf: Verstehten.) — Crispin (Stuttgart) spricht den Gewerkschaften die Parteiberechtigtheit ab. Die Organisation müsse auf den Betriebsvertrauensleuten und auf dem Rätesystem aufgebaut werden. — Eine Resolution Deumer (Dormmund) polemisierte scharf gegen die Leitung ihrer Partei, weil sie es nicht verhindert habe, daß Unabhängige nach der Revolution in die Regierung eintraten, anstatt sich auf den absehbaren Standpunkt Diebstahls zu stellen.

Um 7 Uhr abends wurde die Fortsetzung der Diskussion, zu der noch 30 Redner eingezeichnet sind, auf Montag, 9 Uhr, vertagt.

Ich Mörder.

Seit die „Rote Fahne“ weiß, daß ich am 11. Januar in der Dragonerkaserne war, bin ich für sie ein Mörder.

Was habe ich in der Dragonerkaserne getan? Darüber ist bisher nur ein öffentliches Zeugnis bekannt, das des Augenzeugen in der „Freiheit“, der schreibt:

Nachdem der Redakteur gesehen hatte, wie man mit diesen wechellosen Opfern umging, hat er den Kommandeur um ein abgeleitetes Zimmer, um sich telephonisch mit der Reichsregierung in Verbindung zu setzen, um weitere Gewalttätigkeiten zu verhindern.

Da ich aber wahrheitsgemäß erklärt habe, daß ich von Erschießungen, die meiner Intervention vorangegangen sein sollen, nichts gehört und nichts gesehen habe, schreibt die „Rote Fahne“:

Der Friedrich Stampfer hat angesehen der Leichen schamlos gelogen, um die Mörder zu bedecken.

Der Friedrich Stampfer, Chefredakteur des „Vorwärts“, ist ein Mordgefelle, der den Mörder geholfen hat.

Der Friedrich Stampfer, Chefredakteur des „Vorwärts“, ist ein Lump, wie jene auch; er ist ein Mörder wie jene.

Der Friedrich Stampfer aber hat die Freiheit, täglich über Mord zu schreiben. Er, dem selber das Blut an den Fingern klebt.

Der Friedrich Stampfer wird noch erfahren, daß wirkliche Mörder nicht angestraft bleiben in einem proletarischen Deutschland.

Wenn wirklich vor meiner Ankunft in der Dragonerkaserne sieben Vorwärts-Besucher erschossen worden sein sollten und wenn wirklich die Absicht bestanden haben sollte, mit den anderen ebenso zu verfahren, dann dürfte ich das Verdienst für mich in Anspruch nehmen, 300 Gefinnungsgenossen der „Roten Fahne“ das Leben gerettet zu haben.

Indes wird mit dieser Vertreibung natürlich nichts nützen. Die Redaktion der „Roten Fahne“, ist als unparteiisches Gericht höchste und letzte Instanz. Ich stelle nur fest: Sollte mir in den nächsten Tagen etwas à la Auer passieren und würde der „Vorwärts“ dann diesen Vorgang mit dem Artikel der „Roten Fahne“ in Verbindung bringen, so wird das nach dem unbedenklichen Urteil von Spartakus eine schamlose konterrevolutionäre Gehe sein, die zeigt, wie tief die Sozialdemokratie gesunken ist.

Friedrich Stampfer.

Die Berliner Regimenter und der Generalstreik.

Berlin, 2. März. (U. S. D.) Das als Strohblatt niedersteigende bekannte Organ des Sozialbundes „Die Rote Fahne“ bringt in der Ausgabe vom 2. März wieder einen seiner wüßigen, giftgeschwollenen Eigenartartikel über eine angebliche Entwarnung der Berliner Regimenter. Dazu erläßt die Kommandantur folgende Stellungnahme:

Die Berliner Regimenter werden sich bei einem etwaigen Generalstreik selbstverständlich nicht anders als neutral verhalten, solange die Massen gegen den Erlaß, daß Straßen und Plätze freigehalten werden müssen, nicht verstoßen.

Ferner: Es ist unzulässig, daß die Regimenter solange keine Abhäng erhalten sollen, bis sie Offiziere angenommen hätten. Die Regimenter haben selbstgewählte Führer und es ist ein beschämender Befehl nicht ergangen. Oberbefehlshaber Roske kann sich also mit einem Befehl des Generals Bäumann, der nicht ergangen ist, auch nicht einverstanden erklären haben.

Berliner Bürgerinn Berliner Bürgerwille zeichnet Berliner Stadtauhe von 1919

Konservative Lärmmacher.

Die Deutschnationalen Berlins drängten sich am Sonnabend im Saale der Hochschule für Kunst. Alles was an konservativen, altheimischen und altpreußischen Vereinen nach während der Revolution am Leben geblieben ist, hatte eine Versammlung einberufen, in der Graf Rehaery über „Die Schmach der Waffenstillstandsbedingungen“ sprach. In seinen Ausführungen war nichts enthalten, was man nicht schon von seinen Parteifreunden während der verflochtenen Wahlkämpfe zum Ueberdruß gehört und ungeschliffen Roske widerlegt hat. Deutschland hätte hundertfach doch noch gestrikt, wenn die Sozialdemokratie nicht den ganzen Krampf verpaßt hätte. Man müsse es den Kindern und Kindeskindern einsammern, wie groß Deutschlands Schmach sei, damit endlich einmal die Zeit komme, wo das Volk aufsteht, um Rache zu üben.

In der Debatte überließen sich die Redner fast durchweg in wilden, mit ungläubigen Kraftworten gesüllten Brandreden gegen die „rauen Vesterländer“. Diese gebildet sein wollen, den Leute toben und brüllen wie die Besessenen. Nur wenige Gegner kamen zum Wort, wurden aber von der Versammlung niedergeschrien und ausgepöfien. Genosse Lindenau polemisierte wirkungsvoll und sehr sachlich gegen die Ausführungen des Referenten. Von dem Augenblick jedoch an, wo er sagte, daß er Sozialdemokrat sei, ließ man ihn nicht mehr zu Worte kommen. Die „feinen Herrschaften“ wühlten meisterlich mit Hauschlüsseln, Abjagen und ihrem hochgehobenen Mundwerk zu lärmten.

Die Stadtverordnetenwahl in Besselfirchen ergab folgende Resultate: Sozialdemokraten 12781 (17 Mandate), Unabhängige 4740 (6), Demokraten 2133 (3), Dt. Volkspartei 6240 (9), Zentrum 16 883 (22), Deutschnationale 2063 (3), Polen 3474 (4-5), Kriegsgeschädigte 1631 (3), Arbeiter 406 (—), (Gg. Drachler, d. A.)

Sozialisierungsantrag an die Nationalversammlung.

München, 2. März. Die gesamte mehrheitssozialistische Partei hat in der Nationalversammlung in Weimar einen von Auer und Genossen gezeichneten Antrag eingebracht, wonach das Eigentum an allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Bodenschätzen allein der Nation zugeht. Weiter wird die Reichsregierung aufgefordert, Bergwerke und Werke zur Erzeugung von Energie mit möglicher Beschleunigung der öffentlichen Bewirtschaftung (Sozialisierung) zuzuführen und dabei Arbeiter und Angestellte durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) an der Kontrolle der Verwaltung zu beteiligen.

Groß-Berlin

Aufruf zum Bürgerstreik.

Uns geht nachstehender Bericht zu: In einer vom Bürgerrat von Groß-Berlin für Sonntag vormittag einberufenen, von etwa 800 maßgebenden Vertretern des Wirtschafts- und Erwerbslebens der Reichshauptstadt besuchten Versammlung wurde nach eingehender Debatte schließlich einstimmig folgende Resolution gefaßt:

Die Versammlung verkennt nicht die schweren Bedenken, die gegen die Anwendung des Streiks der Bürgerchaft selbst als Gegenwehr gegen einen Generalstreik sprechen, doch ist sie sich darüber einig, daß, wenn andere Maßnahmen versagen und selbst die Regierung sowie die sonstigen berechtigten Instanzen nicht imstande sind, die notwendige Ruhe und Ordnung in Groß-Berlin aufrecht zu erhalten, der Streik der Bürgerchaft als letztes Mittel zur Anwendung gelangen muß, um den roten Terror zu bekämpfen. Sie beauftragte daher den Bürgerrat, die Frage des Generalstreiks nicht nur mit größtmöglicher Beschleunigung zu prüfen, sondern auch alle Maßnahmen zu treffen, um eine durchgreifende Organisation für einen Streik zu schaffen, so daß er, falls er notwendig wird, jederzeit durchgeführt werden kann. Der Bürgerrat von Groß-Berlin erhält daher den Auftrag, als Gegenmaßnahme gegen einen Generalstreik die Bürgerchaft jederzeit zu einem Bürgerstreik aufzurufen.

Fractionsitzung der S. P. D. Soldatenräte.

Dienstag, den 4. März, nachmittags 2 Uhr, im Herrenhaus, Saal 20, Fractionsitzung der S. P. D. Soldatenräte. Stellungnahme zur Neuwahl der militärischen Mitglieder des Volkskongresses.

Wie der Generalstreik in Spandau beschlossen wurde.

Wie uns mitgeteilt wird, haben von den etwa 10 000 Beschäftigten des N.-O.-Nord-Berkes 3000 an der Versammlung teilgenommen, die den Generalstreikbeschuß faßte. Höchstens die Hälfte hat sich für den Streik ausgesprochen, die anderen haben sich der Abstimmung enthalten. Von 10 000 haben sich somit 1500 für den Streik ausgesprochen. Ein Wunsch, durch eine geheime Abstimmung den Streikbeschuß zu fassen, ist nicht durchgedrungen.

Schöpslin Gouverneur von Berlin.

Der Abgeordnete der Nationalversammlung Genosse Schöpslin ist zum Gouverneur von Berlin, der erste Vorsitzende des Hamburger Soldatenrats Dampf zum Kommandanten von Hamburg-Altona ernannt worden.

Der Streik im Zeitungsquartier.

Die Verlage von Rudolf Mosse, August Scherl & Co. m. b. H. und Ullstein & Co. veröffentlichten folgende Erklärung: In der verflochtenen Woche sind nach sechsstündigen mühevollen Verhandlungen der Vertreter der Arbeitgeber und Gehilfen die Lohnverhältnisse der Buchdrucker bis zum 31. August neu geregelt worden. Die Vereinbarungen erfolgten zwischen den beiderseitigen Organisationen für ganz Deutschland. Trotz dieser Abmachungen haben jetzt die Zeitungsdrucker, d. h. eine kleine Gruppe unter den Gehilfen, neue Lohnforderungen aufgestellt und sind, als diese ihnen nicht bewilligt wurden, unter Bruch ihres Tarifes und ihres Arbeitsvertrages in den Ausstand getreten, obwohl ihnen erst im Januar eine Erhöhung von 20 M. wöchentlich im Wege der tariflichen Vereinbarung zugewilligt wurde, und ihre Wochenverdienste 100 M. durchweg übersteigen, und obwohl auch die letzten Verhandlungen ihnen weitere Vorteile brachten. Ihre eigenen Organisationsgenossen, die Scherl, haben sich diesem Streik nicht angeschlossen. Eine kleine Gruppe hat also hier das von ihren eigenen Organisationen mit den Arbeitgebern tariflich vereinbarte Recht gebrochen und das mühsam erworbene, in jahrelanger Arbeit errichtete Tarifgebäude der Buchdrucker gefährdet. Solange dieser Zustand dauert, ist der Druck unserer Zeitungen unmöglich gemacht. Wie wir erfahren, banert der Streik auch noch weiter an.

Das größte Unglück.

Die Eisenbahndirektion schreibt uns: Infolge Abgabe einer großen Zahl Personenwagen 2. und 2. S. Klasse an die Entente und des dadurch entstandenen Mangels an betriebsfähigen Wagen dieser Gattungen ist damit zu rechnen, daß in nächster Zeit die 2. Wagenklasse in einer Reihe von Zügen fortfallen muß und daß die 2. Wagenklasse auch in den übrigen Personenzügen nicht immer vorhanden sein wird. Offenbar bleibt es dann gleich bei den Einheitswagen. Das dürfte dann allerdings der Eisenbahndirektion Veranlassung geben, auch auf die Ausstattung der 3. Klasse-Wagen in Zukunft eine größere Sorgfalt zu legen.

Berliner Stadtsynode. — Landbestirke.

Den Hilfsangehörigen und aktiven Soldaten im Bereich der Stadtsynode ist ihr Recht geworden. Die beschneidenden Vorschriften und Abzüge derselben gegenüber allen anderen Beamten sind gefallen.

Neue Feuerungszulagen für Beamte und Lohnangehörige im Reichs wie in Preußen kommen in einigen Tagen heraus. Wann fallen endlich die Beschränkungen für die übrigen Soldaten, die Pfarrer i. R., die Witwen und Waisen (dieselbe in allen Bezirken gehaltenen und ausrochterhaltenen Runderlasse des Oberpräsidenten). Verschiedene Bezugsberechtigten nach den Grundrissen der neuen Regierung bzw. Ratskassen haben bis jetzt nichts erhalten. Sollen sie mit ihren bisherigen Ansprüchen allmählich unter den Tisch fallen? U. S. D. g.!

Die Gemeindevahlen in Spandau.

Bei den gestrigen Kommunalwahlen erhielten Stimmen und Sitz: S. P. D. 12 928 (20), U. S. D. 12 083 (19), Dem. 6741 (10), D. Sp. 1127 (1), D. nat. Sp. 3706 (6), Chr. Sp. 2800 (4).

Der „Vorwärts“ ist heute gestrichelt, wegen Papiermangel in verringertem Umfang zu erscheinen.

Verantwortlich für Inhalt: Walter Richter, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scherl, Berlin; für den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat: Ernst Bruns, Berlin; für den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat: Ernst Bruns, Berlin; für den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat: Ernst Bruns, Berlin.